

1658/J XXVII. GP

Eingelangt am 22.04.2020

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Sonja Hammerschmid,
Genossinnen und Genossen

an den Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung

betreffend Versäumnisse im Bereich Digitalisierung

Die mit der Corona-Krise verbundenen Schulschließungen und die ad-hoc Umstellung auf Distance Learning zu Hause legten die Versäumnisse der letzten ÖVP-FPÖ Bundesregierung im Bereich Digitalisierung schmerhaft dar. Aus verschiedenen Studien und Medien ist zu entnehmen: Distance Learning ist für eine große Anzahl an SchülerInnen nicht möglich, da sie keinen Zugang zu Computern und Tablets haben. Aber auch an anderen Stellen tauchen Probleme auf. LehrerInnen und SchülerInnen sind nicht geübt im Umgang mit digitalen Lerntools und Plattformen; aber auch die Eltern verlieren den Überblick über die verschiedenen Kommunikationstools, die verwendet werden; der Internetzugang ist limitiert; Kinder mit einer anderen Erstsprache als Deutsch und schlechten Deutschkenntnissen können die Plattformen nicht nutzen usw.

Dass das Lernen zu Hause in dieser speziellen Zeit trotzdem funktioniert, ist nicht den vom BMBWF gegebenen Rahmenbedingungen zu verdanken, sondern der Einsatzbereitschaft, dem Ideenreichtum und vieler zusätzlicher investierter Stunden und Ressourcen von PädagogInnen, SchülerInnen und Eltern. Die letzten Jahre hätten genutzt werden können, um die Digitalisierungsstrategie „Schule 4.0“ weiter umzusetzen und die Schulen mit digitaler Infrastruktur und Know-how auszustatten. Stattdessen wurde der vom Ministerium angekündigte, jedoch nie präsentierte, „Masterplan Digitalisierung“ erstellt. Dieser enthält laut 290/AB die Identifikation von Digitalisierungsherausforderungen in der Bildung, die Erarbeitung und Beschreibung der Maßnahmen für die Digitalisierung im Bildungswesen und die Erarbeitung einer schematischen Umsetzungsroadmap der Maßnahmen. Zur Veröffentlichung des Masterplanes und zur Umsetzung der beinhalteten Schritte kam es nicht.

In einer Pressekonferenz am 9. April wurde von Bundesminister Faßmann angekündigt, dass für die weitere Phase des Distance Learning 12.000 digitale Endgeräte (Laptops und Tablets) für SchülerInnen von Bundesschulen - AHS und BMHS - angeschafft werden sollen. Für die SchülerInnen in anderen Schulen werden von Ministerium keine Endgeräte

zur Verfügung gestellt. Die Geräte sollen den SchülerInnen verliehen werden und am Ende des Semesters wieder retourniert werden. Durch die Maßnahme kommen vier und mehr Wochen verspätet nur wenige SchülerInnen, die ein Gerät benötigen, für geringe Zeit zu einem essentiellen Lerntool.

Die Unterzeichneten Abgeordneten richten an den Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung nachstehende

Anfrage:

1. Welche Lehren zieht das BMBWF aus der aktuellen Phase des Distance Learning generell und in Bezug auf den Digitalisierungsplan?
 - a. Wird diese Phase eingehend evaluiert?
 - b. Werden dazu wissenschaftliche Begleitstudien in Auftrag gegeben? Bitte um detaillierte Darstellung des Forschungsdesigns, von wem diese Studien durchgeführt wird und bis wann mit Ergebnissen zu rechnen ist.
 - c. Wie gut waren die LehrerInnen und SchülerInnen für das digitale Lernen vorbereitet?
 - d. Wie wird der Einsatz von Lernplattformen und Apps evaluiert?
 - e. Wie viele unterschiedliche Lernplattformen wurden verwendet? Welche wurden vermehrt genutzt? Bitte um detaillierte Darstellung.
 - f. Wie wird die Kommunikation zwischen LehrerInnen, Eltern und SchülerInnen evaluiert?
 - g. Wo lagen die größten Schwierigkeiten im Distance Learning und wie konnten diese behoben werden?
 - h. Welche Schlüsse zieht man für die Weiterentwicklung der Digitalen Grundbildung an Schulen?
 - i. Wird es zu einer Anpassung des Masterplan Digitalisierung kommen?
 - j. Wenn ja, in welchen Bereichen soll es zu Anpassungen kommen?
 - k. Wenn nein, warum nicht?
2. In der Pressekonferenz vom 31.03. wurde von Minister Faßmann eine Befragung unter Eltern zitiert, die die Zufriedenheit mit dem Distance Learning und Nutzung von digitalen Geräten erhoben hat. Bitte um Übermittlung der Erhebungsmethodik und detaillierte Ergebnisse der Umfragen, die durchgeführt wurden.
3. Aus einem „Corona-Update“ der Bildungsdirektion Tirol ist zu entnehmen, dass das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung Anfang April Informationen aus den Bundesländern über die Ausstattung mit technischer Infrastruktur für das Distance Learning eingeholt hat. Bis zum 9. April sollen dem Ministerium die Informationen, über die fehlende Infrastruktur bzw. technische Probleme im Bereich des Internets bis zum Donnerstag 9. April vorgelegt werden. Bitte um Auflistung der Umfrageergebnisse pro Bundesland und je Schultyp über die
 - a. Anzahl der Rückmeldungen von Eltern bzw. Schüler/innen, dass technische Infrastruktur für Fernunterricht nicht gegeben ist

- b. Technische Probleme bzw. keine Möglichkeit, dem Unterricht ausreichend zu folgen, weil: kein Internet zu Hause
 - c. Technische Probleme bzw. keine Möglichkeit, dem Unterricht ausreichend zu folgen, weil: zu geringes Internet zu Hause
 - d. Technische Probleme bzw. keine Möglichkeit, dem Unterricht ausreichend zu folgen, weil: zu wenige Endgeräte zu Hause
 - e. Technische Probleme bzw. keine Möglichkeit, dem Unterricht ausreichend zu folgen, weil: kein Drucker zu Hause
 - f. Nichterreichbarkeit liegt nicht an der technischen Ausstattung (sonstige nicht technische Herausforderungen)
- 4. Warum wurde vom Zeitpunkt der Schulschließung am 16. März 3 Wochen gewartet, bis eine Erhebung über die technische Ausstattung in Familien begonnen wurde?
- 5. Haben die Ergebnisse der Umfrage an den verschiedenen Schultypen nahegelegt, dass Bundesschulen bei der Ausstattung mit technischen Geräten zu bevorzugen sind bzw. hier verstärkter Bedarf für Geräte besteht?
- 6. Der Bundesminister hat in einer Pressekonferenz am 09. April 2020 angegeben, dass 6,8% der 6 - 14-Jährigen über Distance Learning nicht erreicht werden können. Bitte um detaillierte Darstellung der Erhebung nach Alter, Schultypen und Bundesländern.
- 7. Nach welchen Kriterien werden die angekündigten 12.000 Endgeräte an SchülerInnen vergeben?
- 8. Bis wann ist vorgesehen, dass die Endgeräte an SchülerInnen übergeben werden können?
 - a. Wie läuft der Beschaffungsprozess der Geräte über die Bildungsstiftung ab?
 - b. Warum werden die Geräte nach Semesterschluss wieder eingesammelt? Ist das digitale Wiederholen und Üben in den Wochen vor dem Schulstart im Herbst für SchülerInnen nicht notwendig?
 - c. Welche weitere Nutzung erfahren die Geräte, wenn sie nach Semesterschluss wieder eingesammelt werden?
- 9. Ist auf Basis der erhobenen Information zur Ausstattung mit technischer Infrastruktur berechnet worden, ob eine gesammelte Beschaffung von digitalen Endgeräten für SchülerInnen aller Schultypen, statt einzelner Beschaffungsvorgänge der Bundesländer/Gemeinden für APS und des Bundes für Bundesschulen kostengünstiger ist?
 - a. Wenn ja, welche Kosteneinsparung wird dadurch erwartet?
 - b. Wenn nein, warum nicht?